

Die Institutionen der EU im Vertrag von Lissabon und nach dem Europäischen Rat vom Dezember 2008

Gregor Schusterschitz

JEL-No: F55, K10, N44

Einer der wichtigen Bestandteile aller Vertragsreformen war seit der Erweiterung von 1995 und seit der erwarteten Aufnahme einer großen Zahl von mittel- und osteuropäischen Staaten die Effizienzsteigerung der europäischen Institutionen. Es herrschte die Überzeugung vor, dass ein institutionelles System, das ursprünglich für sechs Mitgliedstaaten ausgelegt war, bei schließlich fast 30 Mitgliedstaaten nicht mehr effizient funktionieren könne. Es mag jedoch nicht überraschen, dass gerade die institutionellen Fragen die sind, bei denen eine Einigung oft nur mit Mühen erreicht wird. Schon die Bereiche, auf die man sich 1997 beim Vertrag von Amsterdam nicht einigen konnte („Amsterdam leftovers“) waren ausschließlich institutionelle Fragen und auch viele unerreichte Ziele bei den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza fanden sich im Kapitel Institutionen. Dies ist verständlich, da doch eine Effizienzsteigerung den supranationalen Charakter der EU am prägnantesten zum Ausdruck bringt: Effizienzsteigerung heißt ja nichts anderes als: straffere Strukturen und weniger Einfluss für den einzelnen Mitgliedstaat. Schon während der letzten Stunden des Europäischen Rates von Nizza im Dezember 2000 war allen Beteiligten klar, dass die Reformen des Vertrags von Nizza wieder nicht der große Wurf waren, den man sich ursprünglich erwartet hätte. Dabei ging es doch beim Vertrag von Nizza explizit darum, die EU „erweiterungsfit“ machen. Diese Aufgabe wurde schließlich 2001 einem Konvent übertragen, der eine Verfassung für Europa ausarbeiten sollte. Der Konvent und die nachfolgende Regierungskonferenz einigten sich auf den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE), der die EU auf neue Grundlagen stellen und den seit 1986 andauernden Prozess einer ständigen Vertragsänderung beenden sollte. Der VVE wurde im Oktober 2004 unterzeichnet und sah einige weitreichende institutionelle Neuerungen vor. Die Bevölkerungen von zwei EU-Gründungsmitgliedern, Frankreich und Niederlande, lehnten den Vertrag jedoch mit großen Mehrheiten in Referenden im Mai und Juni 2005 ab und schickten ihn damit in eine längere Warteschleife. Erst im Frühjahr 2007 gelang es der EU, das Projekt Vertragsreform wieder anzugehen. Im Juni 2007 wurde die Einberufung einer Regierungskonferenz beschlossen, die im Wesentlichen den Großteil der Inhalte des VVE in die geltenden Verträge einfügen sollte. Auf der Basis dieses detaillierten Mandats wurde der „Vertrag von Lissabon“ (VvL) ausgehandelt, der eine Novellierungsanordnung für die geltenden Verträge Vertrag über die Europäische Union (EUV) und Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) darstellte. Der VvL übernahm in weiten Zügen das institutionelle Gefüge des VVE, reicherte es aber auch mit eigenen Elementen an. Doch auch der VvL wurde in einer Volksabstimmung abgelehnt, und zwar in Irland im Juni 2008. Im Gefolge des irischen Referendums stellte sich heraus, dass offenbar auch institutionelle Fragen eine Rolle bei der Ablehnung des VvL gespielt haben. Daher beschloss der Europäische Rat im Dezember 2008 noch einmal Nachjustierungen am institutionellen Gefüge. Sollten diese Nachjustierungen am Vertrag der irischen Bevölkerung genügen, könnte nach einem zweiten Referendum der VvL Ende 2009 in Kraft treten, etwas später dann die erwähnten Nachjustierungen. Es soll das Ziel dieses Beitrags sein, die Änderungen im Institutionengefüge der EU durch den Vertrag von Lissabon und die im Dezember 2008 beschlossenen Anpassungen zu schildern, sowie darzustellen, was insbe-

sondere die erwähnten Anpassungen für den Ratifikationsprozess des „Systems Vertrag von Lissabon“ bedeuten.

Institutions of the EU in the Treaty of Lisbon and after the European Council of December 2008

The reform of the institutions of the EU has always been at the core of any EU treaty reform. It is the aim of the Treaty of Lisbon to introduce the necessary changes that were already foreseen in the ill-fated Constitutional Treaty (with some adjustments). The Treaty of Lisbon introduces the European Council as an official organ and foresees the election of a permanent president of the European Council, who should represent the “face” of Europe. Qualified majority voting will be extended in the Council and the Commission should only comprise two thirds of the number of Member States. European Parliament will be given the right to co-decide in almost all areas of EU competence. Another important element is the increased role of the High Representative for the CFSP. Unfortunately, the Treaty of Lisbon was rejected in a referendum in Ireland in June 2008. In order to enable Ireland to subject the treaty to a second referendum, the European Council in the end of 2008 agreed to some changes to the treaty. The European Council agreed to return to the rule one commissioner per country. To balance this change, it further decided to switch to the composition of the European Parliament preferably already in 2010, with the minor change that no country should lose seats in the Parliament. In order to realize the last decision, the Treaty of Lisbon will have to be changed after it will have entered into force (for the composition of the Commission no change of the treaty is needed).

Mehr Demokratie durch den Vertrag von Lissabon

Stärkung der Parlamente, Subsidiaritätsprüfung und das neue Instrument der Bürgerinitiative

Otto Schmuck

JEL-No: N44

Der Vertrag von Lissabon soll zum Jahresende 2009 in Kraft treten. Damit würde eine zehn Jahre dauernde Reformperiode zum Abschluss kommen. Die Überarbeitung der EU-Gründungsverträge ist vor allem auch durch die Erweiterung der EU um zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten dringend erforderlich. Der Vertrag von Lissabon enthält gegenüber dem Status-quo eine Vielzahl von Neuerungen, deren Ziel es ist, die EU handlungsfähiger, demokratischer, bürgernäher und transparenter zu machen. Die Rechte des Europäischen Parlaments werden gestärkt, die nationalen Parlamente können ihre eigenen Rechte besser verteidigen und die Bürgerinnen und Bürger werden verstärkt in den Entscheidungsprozess der EU eingebunden. Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon würde somit gegenüber dem Status Quo einen deutlichen Fortschritt bedeuten. Der Rückblick auf die vergangenen 60 Jahre zeigt, dass die europäische Einigung trotz vieler Rückschläge eine Erfolgsgeschichte ohne Beispiel ist. Doch müssen die Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen des europäischen Zusammenwachsens immer wieder überzeugt werden, um sie auf dem Weg zum vereinten Europa mitzunehmen.

More democracy by the Treaty of Lisbon: The strengthening of parliaments, the principle of subsidiarity and the new instrument for the Citizens' Initiative

The Treaty of Lisbon shall enter into force by the end of the year 2009. This would conclude a ten-year reform period. The revision of the EU-founding treaties is urgently needed, especially due to the enlargement of the EU including many Central and Eastern European countries. The Treaty of Lisbon will lead to a variety of innovations making the EU more efficient, more democratic, and more transparent. The rights of the European Parliament will be strengthened, the national parliaments can better defend their rights and the citizens are in a new way involved in the decision making process of the EU. Therefore the Treaty of Lisbon is a significant step forward. A review of the past 60 years shows that the unification of Europe, despite many setbacks, is a success story without precedent. However, the citizens again and again have to be convinced of the benefits of Europe's growing together.

Die Europäische Union als Instrument der Krisenbewältigung

Anton Pelinka

JEL-No: H1

Der demokratische Sozial- und Wohlfahrtsstaat ist in einer Krise. Die Ursache ist die abnehmende Politikfähigkeit der Nationalstaaten. Während die Ökonomie die Grenzen der Staatlichkeit zunehmend hinter sich lässt, bleibt die Politik in diesen Grenzen gefangen. Die Europäische Union bietet die Chance, durch die Integration eine transnationale Politikenebene zu schaffen, die Politikfähigkeit wieder stärkt. Doch dieser Einsicht, die auf eine Vertiefung der Integration hinauslaufen würde, widersprechen die verschiedensten Interessen, die auch den Verfassungsvertrag blockiert haben und die der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon entgegenstehen. Dabei dient das behauptete Demokratiedefizit der EU als ein Vorwand – obwohl gerade die Verträge der Union ein Mehr an Demokratie verschaffen würden.

The European Union as an instrument for mastering crises

The democratic welfare state is in a crisis. The reason is the decline of the nation state's political capacity. The economy has been able to overcome the limitations of the nation state but politics is still imprisoned within national borders. The European Union offers the chance to establish a transnational level of political decision making through integration and to promote political capacity. But this approach which aims at the deepening of the European integration has been opposed by different interests which have already blocked the Constitutional Treaty and try to derail the ratification of the Treaty of Lisbon. The EU's so called democratic deficit is used as a pretext – despite the fact that exactly these treaties would increase the Union's democratic quality.

Der Euro als Schutzschirm in der Finanzkrise

Franz Nauschnigg

JEL-No: G01, G15, G18, F32, F33

Der Euro wirkt als Schutzschirm in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und schützt vor Währungskrisen und Wechselkursschwankungen. Finanzkrisen werden mit dem Zusammenbruch des Bretton Wood Systems 1971 wieder häufiger, zB EWS (Europäisches Währungssystem) Krisen in der EU von 1992-1995. Boom/Bust Zyklen entste-

hen in deregulierten Finanzmärkten, Beispiele Schweden, Finnland, Island, Zentral- Osteuropa. Warnungen über die Instabilität von Finanzmärkten und Marktversagen werden nicht ernst genommen. Starke Wechselkursschwankungen legen Schwächen der Europäischen Finanzarchitektur offen.

Ein umfassender Ansatz zur Stärkung der Europäischen Finanzarchitektur wird entwickelt. Im Boom: Einführung einer „Kreditwachstums Stabilisierungs- Steuer“ (KSS) auf alle neu aufgenommen privaten Kredite, um das Kreditwachstum zu verlangsamen. Die Einnahmen fließen in einen „Zyklischen Stabilisierungs- Fonds“ (ZSF), der in der Rezession eingesetzt wird. In der jetzigen Abschwungs- und Rezessionsphase fünf konkrete Maßnahmen:

- € 200 Mrd antizyklische EU-Fazilität für Euroraum Mitgliedsstaaten
- Der Europäische Rat beschloss im März 2009 eine Erhöhung der EU-Fazilität für Zahlungsbilanzstützung für EU Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums von € 25 auf 50 Mrd, bei Bedarf könnte eine Erhöhung auf € 100 Mrd überlegt werden.
- EU Fazilität für Zahlungsbilanzstützung und Makrofinanzhilfe über € 50 Mrd für andere europäische Länder
- EU nimmt Anleihen für diese Fazilitäten auf und schafft damit EU Anleihenmarkt
- Bilaterale Swap oder Repo Fazilitäten zwischen dem Eurosystem und anderen EU und Europäischen Notenbanken

Dadurch würden die Finanzmärkte stabilisiert, unsere Volkswirtschaften stimuliert, Marktversagen korrigiert und die europäische Integration vertieft. Eine Zone der monetären Stabilität würde rund um den Euroraum errichtet werden, mit substantiellen Wohlfahrtsgewinnen für alle beteiligten Länder, ohne Kosten für den europäischen Steuerzahler.

The Euro as a protective shield in the financial crisis

The Euro acts as a protective shield in the world wide financial and economic crisis and protects the euro area countries against currency crisis and exchange rate fluctuations. The number of financial crises increased since the break down of the Bretton Wood System in 1971 e.g. EMS crises in the EU between 1992-1995. Boom/Bust Cycles develop in deregulated financial markets – examples Sweden, Finland, Iceland, Central and Eastern Europe. Warnings about the inherent instability of fully liberalized financial markets and market failure were not taken seriously. Strong exchange rate fluctuations show weaknesses in the European Financial Architecture.

A comprehensive strengthening of the European Financial Architecture is proposed. In the Boom a credit growth stabilisation tax (CGST) on all new private sector credit, to limit credit growth is proposed. The receipts of this tax flow into a cyclical stabilisation fund (CSF) to be used in the bust.

In the current crisis five concrete measures are proposed:

- € 200 billion financing facility for euro area member states
- EU facility for balance of payments assistance was increased from € 25 to 50 billion by the European Council in March 2009 for other EU member states; if necessary an increase to € 100 billion could be decided.
- € 50 billion balance of payments and macro financial assistance facility for other European countries
- Creation of an EU wide bond market in Euro with these bonds emitted and backed by the EU
- Bilateral Swaps or Repo facilities between the Eurosystem other European central banks

- This would help stabilize financial markets, stimulate the economies, correct market failure and deepen European Integration. A zone of monetary stability would be created around the euro area with substantial welfare gains for all participating countries with no cost for the EU taxpayer.

Economic Governance und der Lissabon-Prozess

Fritz Breuss

JEL-No: F15, O43, O52, P52

Mit der Lissabon-Strategie versucht die EU, zum einen dem immer noch unvollendeten Binnenmarkt den fehlenden Schwung zu verleihen, zum anderen die langfristige Wachstumsdynamik zu steigern und damit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Rund um das hehre Wachstumsziel, die Union innerhalb von zehn Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen und Vollbeschäftigung anzustreben, wurde die Lissabon-Strategie mit einer Vielzahl von Nebenzielen (Umwelt, Klimaschutz, Forschung und Entwicklung, Überalterung, globale Wettbewerbsfähigkeit) überfrachtet. Der Lissabon-Prozess hat neue Methoden des Europäischen Regierens, allen voran die Offene Methode der Koordinierung, hervorgebracht. Damit wurde versucht, die Wirtschaftspolitik – wofür gegenwärtig die Mitgliedstaaten zuständig sind – zu „europäisieren“. Nach 2010 muss sich die EU entscheiden, ob sie den bisherigen – nicht sehr erfolgreichen und durch die internationale Finanzkrise gestörten – Weg einfach fortsetzt oder einen Neuanfang mit einer Strategie eines sozialen Europas in einer globalen Welt, möglicherweise mit neuem Namen wagt.

Economic Governance and the Lisbon Process

With the Lisbon strategy the EU tries, on the one hand to stimulate the still not completed Single Market, on the other hand it should foster long-run growth and hence employment. In connection with the noble growth target, to make the Union within ten years the “most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world” which secures full employment, the Lisbon strategy has been overcharged by many additional targets (environment, climate protection, research and development, ageing of population, global competitiveness). The Lisbon process has invented new methods of economic governance, most prominently the open method of co-ordination. This was a try to Europeanize economic policy making, which according to the treaty is a competence of the member states. Post 2010 the EU has to decide whether it will continue on the not so successful hitherto path which was distorted by the international financial market crisis most recently. Or whether it starts anew with a strategy of a social Europe in a global world, a strategy with a completely new name no longer called Lisbon strategy.

Die Debatte um die künftige wirtschaftspolitische Strategie der Europäischen Union

Der Post-2010 Prozess aus österreichischer Perspektive

Elisabeth Klatzer/Harald Dossi

JEL-No: H00

Im Artikel wird die Debatte um die Zukunft der Lissabon Strategie, der zentralen wirtschaftspolitischen Strategie der Europäischen Union, die im Jahr 2000 für 10 Jahre lanciert und 2005 reformiert wurde, aus österreichischer Perspektive dargestellt. Seit 2000 haben sich wichtige Rahmenbedingungen sowie auch die geopolitische Situation bedeu-

tend verändert. Zusätzlich hat die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise neue Herausforderungen mit sich gebracht. Im Artikel wird dieses geänderte Umfeld analysiert und dessen Implikationen für die künftige Strategie diskutiert. Der österreichische Beitrag zur Debatte wird erörtert, der im wesentlichen auf einem ausgewogenen Ansatz beruht, mit einem verstärkten Fokus auf die Nutzung der Synergien zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitiken sowie der Sicherstellung einer verbesserten Kohärenz der Politiken der Europäischen Union.

The future economic policy strategy of the European Union: the post-2010 process from an Austrian perspective

The article summarizes the debate about the future of the Lisbon strategy, the main economic policy and reform strategy of the European Union, launched in 2000 for a period of 10 years and refocused on growth and jobs in 2005, and puts forward the Austrian perspective on this debate. Since 2000 several framework conditions and the geopolitical situation have changed considerably. Additionally, the current financial and economic crisis has created additional challenges. The article discusses the changed economic policy environment and challenges and puts forward the Austrian contributions to the debate, which mainly focus on a balanced approach, exploiting the synergies between economic, social and environmental policies and assuring policy coherence.

Lisbon Post 2010 – The Future of the Lisbon Strategy in the Context of the Current Crisis

Werner Ebert/Christian Kastrop

JEL-No: 010

Against the background of the current economic crisis and in view of the end of the current Lisbon Process in 2010 the paper examines how a Lisbon Strategy after 2010 could look like.

The paper argues in favour of three lessons to be drawn from the current crisis:

1. use the Strategy to make European economies more resilient against future shocks,
2. use the Strategy to address new major challenges,
3. use the Lisbon debate to correct some flaws of the existing Strategy both in terms of substance and in terms of governance.

Lissabon Post 2010 – Die Zukunft der Lissabon-Strategie im Kontext der aktuellen Krise

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem Ende des derzeitigen Lissabon-Prozesses in 2010 untersucht der vorliegende Artikel, wie die Lissabon-Strategie nach 2010 gestaltet werden kann. Dem Text liegen drei thematische Schwerpunkte zugrunde, die sich aus der aktuellen wirtschaftlichen Lage ergeben:

1. Ausrichtung der Strategie, um europäische Volkswirtschaften robuster gegenüber zukünftigen Schocks aufzustellen,
2. Nutzung der Strategie, um das Hauptaugenmerk auf zukünftige neue Herausforderungen zu legen,
3. Verwendung der Lissabon-Debatte, um Schwächen der inhaltlichen Fokussierung und der Governance der Strategie zu korrigieren.

10 Jahre Makroökonomischer Dialog in der Europäischen Union

Gerhard Huemer

JEL–No: E61

In diesem Beitrag wird versucht, die ökonomische und politische Rationalität, die zur Einführung des Makroökonomischen Dialogs (MED) 1999 geführt hat, zu erklären, sowie die strukturellen Rigiditäten denen der MED unterliegt zu beleuchten. Weiters werden kurz die Interessenlagen der teilnehmenden Parteien dargestellt und, soweit es die Vertraulichkeit des Dialogs zulässt, die zentralen Themen der letzten 10 Jahre skizziert. In einem abschließenden Resümee und Ausblick werden sowohl Erfahrungen mit dem Dialog als auch Vorschläge für dessen Weiterentwicklung vor dem Hintergrund der aktuellen Krise diskutiert.

10 Years of Macroeconomic Dialogue in the European Union

This contribution tries to explain the economic and political rational behind the foundation of the Macro Economic Dialogue in 1999 as well as its structural rigidities. Furthermore, the interests of the different participants are briefly described and, as far as the confidence of the dialogue allows, the most important issues mentioned which have been discussed during the last years. In a final résumé and outlook, some experiences with the MED and proposals for its improvement are discussed against the background of the current crisis.

EU cohesion policy: Observations on an over-ambitious policy design

Isabella Eiselt

JEL–No: H40

EU cohesion policy has the potential to sustain the stability and development of European integration. Despite that theoretically promising proposition it is far from realising its potential impact on EU support figures. The present article argues that cohesion policy is set out to achieve too many objectives at the same time and fails in displaying a coherent policy design that is able to attract citizen's awareness. Effects on legitimacy can only be expected if future reforms are able to restrict the policy's objectives and ambitions as well as to increase its visibility.

EU Kohäsionspolitik: Anmerkungen zu einem überbeanspruchten Politikdesign

Die EU Kohäsionspolitik hat das Potential, die Stabilität und Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses zu garantieren. Trotz dieser theoretisch vielversprechenden Annahme, kann sie bisher nicht dazu beitragen, die Zustimmungsraten der Bevölkerung zur Europäischen Union positiv zu beeinflussen. Der Beitrag zeigt auf, dass die Kohäsionspolitik zu viele Politikziele gleichzeitig verfolgt und auch aus diesem Grund kein kohärentes Förderungskonzept vermittelt, welches die Aufmerksamkeit bzw. Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger auf sich ziehen könnte. Legitimitätseffekte können nur dann erwartet werden, wenn zukünftige Reformen dazu führen, dass die Politikziele und Erwartungen an die Kohäsionspolitik reduziert und die Transparenz der Förderstruktur erhöht wird.

Rückkehr nach Europa

Verena Knaus

JEL-No: F15

Zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Europa weiterhin geteilt. Ohne die Länder des Westbalkans ist die Wiedervereinigung nicht abgeschlossen. Auch auf dem Balkan ist die Sehnsucht nach einer „Rückkehr nach Europa“ groß. Nach den Kriegen, halten wirtschaftliche Probleme und politische Stagnation die Länder in einem Teufelskreis der Unterentwicklung gefangen. Die Balkan-Politik der EU ist auch oft widersprüchlich. Zum einen setzt die EU auf „soft power“ in Form des EU-Erweiterungsprozesses, zum anderen entsendet sie Soldaten und Polizisten, um für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Kein Wunder, dass gerade die EU-Protectorate in Bosnien Herzegowina und Kosovo die Schlusslichter der Region bilden. Wie schwierig die Rückkehr nach Europa ist, zeigt Bulgarien. Bulgariens Erfahrung mit der Umsetzung der EU Vorgaben im Umweltbereich ist ein Beispiel wie die Transformationskraft der EU ein Land nachhaltig verändern kann. „Memberstate building“ wie in Bulgarien ist auch in den anderen Ländern möglich. Es ist höchste Zeit die transformative Kraft der Erweiterung, die in Zentraleuropa so erfolgreich gewirkt hat, auch auf dem Balkan freizusetzen. Die Glaubwürdigkeit der EU hängt von einem Erfolg ihrer Balkanpolitik ab.

Return to Europe

Twenty years ago the Iron Curtain fell, but Europe is still divided. Without the countries of the Western Balkans, the reunification of the continent is not complete. In the Balkans the wish for a „return to Europe“ is great. After the wars, economic and political stagnation keep the region trapped in a vicious cycle of underdevelopment. The EU's politics in the Balkan are also contradictory at times. On the one hand, the EU applies „soft power“ through the enlargement process, on the other hand the EU deploys soldiers and police to stabilize and secure the region. It is no surprise therefore that the EU protectorates in Bosnia Herzegovina and Kosovo lag furthest behind the other countries in terms of realizing their European future. The example of Bulgaria demonstrates how difficult it is for a country to return to Europe, but Bulgaria's experience in implementing the EU acquis on the environment also shows how the EU -inspired transformation process can lead to sustainable change. „Member state building“ like in Bulgaria is also possible in the other countries. It is high time that the transformative powers of EU enlargement that have worked so successfully in Central Europe are applied in the Balkans. The EU's credibility depends on its success in the Balkans.

Die EU und Russland: Ambivalenzen in Eurasien

Albrecht Rothacher

JEL-No: F2, F59, N34

Dieser Aufsatz geht der Frage nach, warum die im Lichte komparativer Vorteile, kultureller Affinitäten und ähnlicher strategisch-demographischer Problemlagen eigentlich kompatiblen Beziehungen zwischen der EU und Russland spätestens seit dem Antritt von Putin so problematisch geworden sind. Die hypothetisierte Antwort liegt in der unterschiedlichen Weltansicht (Multipolarismus versus Multilateralismus), der machtpolitischen Orientierung der den Kreml beherrschenden ehemaligen KGB Kader (siloviki), denen die soft power Instrumente der GASP, einschließlich der Demokratisierungsförderung und der Weigerung der EU russische Einflussphären anzuerkennen, sehr befremdlich erscheinen. Stattdessen bemüht sich jene Führung durch aggressives Auftreten nach innen und außen um Anerkennung eines Weltmachtstatus ex aequo mit den

Vereinigten Staaten. Auch in Fragen der Energie- und Wirtschaftspolitik pflegt der Kreml eine machtorientierte Null-Summenphilosophie, die mit den marktwirtschaftlichen Überzeugungen der EU kaum vereinbar ist. Dabei könnte die Wirtschaftskrise gemeinsame langfristige Lösungen für Russlands gravierende Strukturprobleme begünstigen. Das gilt auch für die dramatischen demographischen Probleme beider, einschließlich der für Russland besonders akuten chinesischen und muslimischen Immigration und seine möglichen geopolitischen Folgen. Trotz dieser Interessenkongruenz scheint ein konstruktiver Durchbruch in den bilateralen Beziehungen erst mit einer demokratisch orientierten Post-Siloviki Nachfolgeregierung Russlands möglich – und mit einer hoffentlich kohärenteren Führung der GASP auf EU Seite.

The EU and Russia: Ambivalence in Eurasia

The article investigates the riddle why relations between the EU and Russia remain so problematic, or “ambivalent” in polite language, since the Putin’s arrival at the least. This is in spite of the fact that bilateral relations in terms of comparative advantages, cultural affinities, and similar strategic and demographic problems could actually be compatible and close. The basic explanation seems to lie in different world views (multilateralism vs. multipolarity) between the EU and the Russian elite. Dominated by KGB officers (siloviki) the latter’s approach to international relations is based on notions of power politics. To them the EU’s soft power approach with its promotion of democratization and its rejection of Russian spheres of influence generates suspicion. Rather Russia’s current leadership attempts to regain world power status by means of aggressive posturing and rearmament plans. Also in its energy and economic policies the Kremlin follows power oriented zero-sum games which are difficult to reconcile with the EU’s convictions of free trade and capital movements. The current economic crisis could however help to favour joint solutions for Russia’s enduring structural problems. This also applies to the serious demographic problems on both sides, with Russia being acutely confronted with sizable Chinese and Muslim immigration into depopulating spaces. In spite of these common interests a breakthrough for constructive close relations seems possible only after the arrival of a post-siloviki leadership which is firmly committed to democratic norms and practice. This evidently also presupposes a more coherent and effective CSFP management on the EU’s side.

EU-Kommunikation mit dem Bürger – Sind die ÖsterreicherInnen wirklich „Europamuffel“?

Christian Mandl

JEL-No: C83, D83, F50

Trotz wirtschaftlicher Erfolge gerade durch die EU und die EU-Erweiterung gehören die ÖsterreicherInnen hinsichtlich ihrer Einstellung zur Europäischen Union zu den kritischsten Bürgern Europas. Jüngste Verbesserungen im Meinungsklima ändern diesbezüglich nichts an dieser Tatsache. Gleichzeitig ist auch festzustellen, dass der Informationsstand nicht zufriedenstellend ist.

Die Ursachen dieser skeptischen Einstellung sind nicht einfach zu erkennen, sondern dürften in einem Zusammenwirken folgender Faktoren zu finden sein: die „Sanktionen“ der EU-14 im Jahre 2000, das Gefühl der Ohnmacht – Österreich kann sich in der EU nicht durchsetzen, bilaterale „Baustellen“ zwischen Österreich und der EU, Boulevard-Medien und der „Sündenbock Brüssel“. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Informationsarbeit, um den Informationsstand und damit die Einstellung der Öster-

reicherInnen zur EU zu verbessern? Unmittelbarer und konstanter Dialog mit den Bürgern und Bürgerinnen auf lokaler Ebene scheint der zentrale Ansatzpunkt zu sein – Beispiele dafür sind die „Europaschirm-Aktion“ der WKÖ, die „Zuhör- und Informationstour“ des derzeitigen Außenministers, eine stärkere Involvierung und Informationsarbeit für Jugendliche bereits in der Schule, eine ständige und leicht verständliche Informations-tätigkeit mit der Entlarvung von EU-Mythen und nicht zuletzt muss natürlich auch das beworbene Produkt – also die EU selbst – einen Mehrwert vermitteln.

EU communication with citizens – are Austrians real EU sceptics?

EU-membership and EU-Enlargement were success stories for Austria. But Austrians are among the most sceptical citizens in Europe. Although recent opinion polls show a significant improvement Austria ranks among the five last countries of the EU in this regard. At the same time there is also a significant lack of information. But what is the reason behind? There is not a single explanation but a combination of different factors: „sanctions“ of EU-14 in 2000, the feeling that Austria is not able to succeed in the decision making process, bilateral problems, the media situation and the „EU as the scapegoat“. Which consequences can be drawn to increase the level of information and thus to improve the opinion vis à vis the EU? Direct and constant dialogue on local level could be the most important point. There are already some activities, eg the „Europe-umbrella“ of the Austrian Federal Economic Chamber, the „Listening and Information-Tour“ of the Federal Minister of European and International Affairs, involvement and information for young people already at school, steady and easy understandable information activities including the truth of „EU-myths“ and Stand: last but not least Stand: the „product“ EU has to present an added value for the people.